



Türkei-Hilfe FÜR WEN?

HILFEN FÜR DIE TÜRKEI BEWIRKEN NICHT ANDERES, ALS EINE ERHÖHUNG DER FASCHISTISCHEN UNTERDRÜCKUNG DURCH DIE REGIERUNG.

DER MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER MATTHÖFER MUSS ALSO WISSEN, WOFÜR UND GEGEN WEN ER HILFE LEISTET.

JEDER WESTDEUTSCHE DEMOKRAT MUSS WISSEN, WARUM DER TÜRKEI GEHOLFEN WIRD UND EINE ABLEHNENDE HALTUNG DAGEGEN EINNEHMEN.

Die OECD Länder haben die Höhe des Kreditbetrages an die Türkei festgelegt. Damit bekommt die Türkei 1.160 Million Dollar Kredit.

Dieser Betrag deckt z.B. Die Ausgaben für den 17 tägigen Erdölbedarf...

...

In Tarsus/Adana (südanatolien) eröffnete der Militär feuer auf die Menschenmassen, die die Landstrasse besetzten, wo schon wieder ein kleines Kind durch Verkehrsunfall ums Leben kam.
9 Menschen starben, 200 zum Teil schwer verletzt.

Ist dies auch ein "Auseinandersetzung der Links-Rechts Extremisten" ?

KARA

Slumgebiet wird nachts um 3.00 Uhr vom Militär abgeriegelt. Plötzlich wird das ganze Gebiet mit starken Scheinwerfern taghell erleuchtet. Es wird eine Durchsage gemacht: "Ihr gebt Euch 5 Minuten, wenn ihr Euch nicht in 5 Minuten in der Mitte des Gebiets versammelt, werden alle Häuser beschossen."

alte, Junge, Frauen, die ganze Bevölkerung des Slums muß sich aus tiefstem Schlaf auf die Straße stürzen. Es werden alle, auch Frauen und Kinder, ohne Erlaubnis sich anzuziehen ins Polizeipräsidium geschleppt. Alle werden gefoltert. Einige werden gewaltsam gezwungen, etwas zu unterschreiben. Sie werden ins Militärgefängnis gebracht.

Was oben beschrieben wird, passierte in der Hauptstadt der Türkei.

Das gleiche in dem Slumgebiet in Istanbul (Gültepe) wurde genauso vorgegangen. In allen Slumgebieten der Türkei werden solche Razzien durchgeführt. Die Menschen werden weggebracht, gefoltert, in Gefängnisse gesteckt, verschleppt.

Der einzige Mensch, keine Zeitung, keine Verlegung kann darüber berichten. Alle fortschrittlichen Vereine, Institutionen, Presse sind verboten. Im ganzen Land herrscht ein Kriegszustand. Von den festgenommenen Menschen bekommt man monatlang keine Nachrichten.

Das ist ein Teil der Aktivitäten der US-Imperialisten und der Kontingenterregillien. In einem Handbuch der Gendarmerie-Hauptverwaltung, heißt es in einem Auszug: "Die Unterdrückungsbefehle gegen das Volk lauten: Nehmt dem Gebiet die Männer, Frauen, Kinder, alle! Diejenigen, die ihr festgenommen habt, laßt erst wieder frei, wenn ihr einem Befehl bekommt!"

Das Maß dem Grundgesetz der Türkischen Republik ist die zulässige Dauer der Festnahme ohne Haftbefehl 24 Stunden. In diesem Handbuch stehen andere Anordnungen.

MATTHÖFER UND DIE TÜRKEI

In einem Interview sagt der Journalist Jürgen Matthöfer, daß er sich um die politischen Gefangenen in der Türkei, die wegen ihrer politischen Meinung festgenommen wurden, einzeln kümmern wolle. Er fügt hinzu, daß er schon zwei Mal von Amnesty International erhalten und diese an Ministerpräsident Demirel weitergeteilt habe.



Ministerpräsident Demirel erklärte auf einer Presseerklärung am 11. März, daß sich zur Zeit 14.096 Menschen in Haft befinden und 39.000 vorübergehend festgenommen sind. Wenn man bedenkt, daß allein während der Ereignisse in Tarsis über 3.000 Menschen verhaftet wurden, dann wird deutlich, daß diese Zahlen nicht den Tatsachen entsprechen. Heute gibt es in unserem Land über 100.000 politische Gefangene. Doch sogar Demirels Angaben zeigen eine Tatsache: Die Zielscheibe aller Angriffe ist direkt das Volk, sind die Massen.

In der Öffentlichkeit westlicher Länder ist die Meinung verbreitet, daß in der Türkei Demokratie herrsche und das einzige Problem nur in den extremen Polen von rechts und links bestehe. Die Auseinandersetzungen und der Terror erhöhen sich durch ökonomische Schwierigkeiten und erreichen gefährliche Ausmaße. Folglich muß man die Türkei mit ökonomischer Hilfe unterstützen, um zu verhindern, daß die extreme Polarisierung das Land nicht zerstört. Doch alles, was heute in der Türkei geschieht ist das genaue Gegenteil von dem, was darüber geschrieben wurde, denn:

1) In der Türkei werden Menschenrechte offen mit Füßen getreten, man läßt Menschen ohne Befragung festnehmen, sie werden gefoltert und ermordet.

Das Problem ist also, daß es sich um eine Regierung handelt, die Demokratie und Menschenrechte mit Füßen tritt und alle demokratischen Institutionen sowie die Arbeiterrechte des ganzen Volkes angreift.

2) Die direkt aus Mussolinis faschistischem Regime übernommenen Artikel 141 und 142 des Grundgesetzes, in denen Meinungs- und Gedankenäußerungen als Vergehen bezeichnet wird, bestehen heute noch und finden ihre Anwendung.

Jede Art von Organisationsrecht und Presse-tätigkeit (für Fortschrittliche) ist verboten. Die Faschisten greifen in Polizei- und Militär-anzügen das Volk an.

3) Viele bekannte faschistische Mörder erhalten Schritt für Schritt Hilfen zur Flucht aus dem Gefängnis. (Darunter befindet sich auch der Mörder des Journalisten Ipekci, Agica)

Die wichtigsten Posten im Staat werden von MHP Militanten besetzt. Jeder MHP'ler hat die staatliche Erlaubnis für den Besitz einer Waffe und eines Waffenscheines.

Hilfen für die Türkei bewirken nicht anders als eine Erhöhung der faschistischen Unterdrückung durch die Regierung.

Der Menschenrechtsverteidiger Matthöfer muß also wissen, wen, wofür und gegen wen er Hilfe leistet.

Jeder westdeutsche Demokrat muß wissen, warum der Türkei geholfen wird und eine ablehnende Haltung dagegen einnehmen.

AUS DEM INHALT

- * Türkei-Hilfe Für Wen?
- * Kurzmeldungen
- * Die aktuelle Ökonomische Lage in der Türkei
- * Frauen
- * Meldungen aus dem Widerstand
- * BRD information
- NPD hetzt gegen Ausländer
- Berliner Staatsschutz behandelt Opfer und Täter gleich.
- * Präsidentenwahl
- * Folterungen
- * Der faschistische Terror in Agri

Kurzmeldungen

2. März:

Nach Taris gab es jetzt auch in der staatlichen Baumwollspinnerei in Cukobirlik, Adana Masenentlassungen. Die Taktik des Vorgehens ist hier allerdings geändert. Schrittweise wird eine bestimmte Anzahl von Arbeitern in den vom zentralen Hauptbetrieb entfernten kleineren Betrieben entlassen, bevor man sich dem Zentralbetrieb zuwendet. Durch diese "von außen nach innen" betriebene Politik erhöht sich die Zahl der entlassenen Arbeiter auf 826 von insgesamt 5.000.

Im Staatstheater von Ankara wurde das Stück von B. Brecht, "Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui", in dem vom Hitler-Faschismus erzählt wird, verboten. Nachdem der Kulturminister Terfik Koralan das Stück gesehen hatte, sagte er folgendes: "Es paßt nicht zu den Spannungen, die im Moment in unserem Land herrschen."

In Malatya wurden von der YSE 34 Arbeiter entlassen, die während der Ecevit-Zeit eingestellt worden waren.

In Gaziantep gab es ebenfalls 24 Entlassungen von YSE aus.

In der pädagogischen Hochschule, die wegen "Heizöl-mangels" lange Zeit geschlossen war, wurden zum großen Teil faschistische Lehrer eingestellt. Unter den 800 der eingeschriebenen Studenten befanden sich Faschisten, die bei einem Überfall 8 Lehrer verletzt hatten und verhaftet worden waren.

Nach den Protesten gegen die Preisanstiege erklärte der Kriegrechtskommandant v. Adana, daß jeder, der sein Geschäft geschlossen halte oder sich weigere, sein Taxi zu fahren, festgenommen werde und mit gesetzlichem Vorgehen gegen ihn zu rechnen habe.

6. März

In Nevşehir Avanos demonstrierten über 2000 Menschen gegen die Preiserhöhungen.

In Taris wurden wiederum Arbeiter entlassen: diesmal 183.

In Ankara erlitten 5000 bei der Bahn beschäftigte Arbeiter eine Lebensmittelvergiftung, da das gestellte Mittagessen mit verdorbener Butter zubereitet worden war. Alle wurden 3 Tage krankgeschrieben.

8. März

Die Zeitung Demokrat wählt zur Frau des Jahres die 50 Jahre alte Zilfi Saganak, die im direkten Widerstand (Kampf) gegen den Faschismus ihr Leben verlor.

Am 11.2.80 überfielen in Ankara Faschisten den Stadtteil Türközü Kurudere. Die Bevölkerung er leistete Widerstand und drängte die Faschisten zurück. Als danach das Militär eingriff kam es zu langen, bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen Zilfi Saganak ermordet wurde.

Im Stadtteil Uyanis in Ankara konnte sich der Arbeiter Kemal Kürkcü erfolgreich gegen 2 Faschisten wehren, als diese ihn nachts in der Wohnung überfielen. Er jagte sie mit seinem Jagdgewehr aus dem Haus. Die beiden begaben sich ins Krankenhaus und wurden dort festgenommen.

9. März:

- In Malatya wurde ein faschistischer Lehrer zum Schuldirektor des Gymnasiums 'Turhan Emeksiz' ernannt, der in unserer Vergangenheit Mitglied in Idealistenvereinen war, eine Bombe in eine Moschee geworfen und zweimal versucht hatte, Schülerinnen zu vergewaltigen.

Taris, 10. März:

Der "Führer" Gündüz Kapancıoğlu wurde zum Personalchef von Taris ernannt. Von ihm ist belegt, daß er Faschist ist. Eine Zeitlang war er auch in der BRD tätig, im engen Kreis nennt man ihn bei seinem Spitznamen - Führer.

BILANZ DER DEMIREL-REGIERUNG (Von der Regierungsübernahme bis heute)

-nach offiziellen Angaben-

1410 TOTE
11 203 VERLETZTE
ÜBER 60 000 VERHAFTUNGEN



13. März:

In Zeytinburnu, einem Stadtteil von Istanbul, wurde der 9-jährige Ahmet Tümes von Faschisten erschossen. Die Faschisten hatten den Schneider Nevzat Pak ermordet und schossen auf ihrer Flucht wahllos um sich. Dabei wurde Ahmet, der sich mit seiner Mutter auf dem Weg zum Markt befand, getroffen.



Ahmet TİMUR (1971 -)

14. März:

1.000 Arbeiter der Textil-Fabrik Mensucat-Sentral in Istanbul wurden festgenommen. Sie hatten wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen und gegen Entlassungen gestreikt. Am Morgen des 13. März war die besetzte Fabrik plötzlich von Sicherheitskräften umstellt und anschließend durchsucht worden. Obwohl sie

keine verbotenen Gegenstände fanden, zwangen sie die Arbeiter, die Fabrik zu verlassen und nahmen 1.000 Menschen fest. Während die Festgenommenen abgeführt wurden, protestierte die Bevölkerung in der Umgebung der Fabrik gegen die Festnahmen, woraufhin erneut viele Menschen verhaftet wurden.

Die Faschisten überfielen den Stadtteil Kayas in Ankara und ermordeten die beiden Genossen Orhan Kaplan und Isa Bal. Aufgrund dieses Ereignisses verlor die schwangere Rabia Cerver durch einen Schock ihr Kind.

Gültekin Gazioglu, der Vorsitzende des Lehrerverbandes TÖB-DER wurde erneut verhaftet. Gegen die anderen Vorstandsmitglieder von TÖB-DER wurde von der Polizei Haftbefehl erlassen.

17. März:

Das Innenministerium hat einen Gesetzesvorschlag vorbereitet, in dem es um den Schutz von Banken und anderen Firmen und deren Sicherheit geht. Es sollen spezielle, private Sicherheitseinheiten gebildet werden, die von Schusswaffen Gebrauch machen und Festnahmen vornehmen dürfen. Die Kosten werden von den einzelnen Firmen getragen. Die einzustellenden Beamten sind heute schon festzulegen. MHP und AP waren hierbei einer Meinung.

Türkes sagte: "Es müssen Leute eingestellt werden, die nicht nur wegen des Gehalts, sondern wegen ihrer inneren Einstellung und ihrer Entschlossenheit hier arbeiten."

Abgeordnete der CHP protestierten gegen diesen Gesetzesvorschlag.

18 März

In der "Neu Markt" in Mecidiyeköy/ Istanbul wurden von der Faschisten wahllos 6 Menschen erschossen. Diese Aktion war eine gezielte Provokation.

20 März

In Siverek (Urfa) schossen die Faschisten auf die Bevölkerung, die sich gerade auf dem Rückweg von einer Beerdigung befanden. Eine schwangere Frau, Nevzat Karasahin, und weitere 4 Menschen kamen ums Leben und 14 verletzte, davon 5 schwer.

23. März:

Demirel leitete persönlich ein Verfahren gegen einen Polizeikommissar ein, von dem behauptet wird, er habe einen Geschäftsmann im Revier geschlagen. Dieser war im Zusammenhang mit der Fahndung nach einer Mercedes-Diebstahl-Bande festgenommen worden. Nach seiner Freilassung beschwerte er sich beim Staatsanwalt über die Polizei, der jedoch stellte das Verfahren ein. Danach wandte er sich aufgrund guter Beziehungen persönlich an Demirel und hatte Erfolg. In einem Land, wo die Folter an fortschrittlich Denkenden an der Tagesordnung ist, sagte dieses Arschloch: "Es gibt in diesem Land Menschen, die man schlagen sollte, und solche, die man nicht schlagen sollte."

1. April:

Der ehemalige Direktor des Studentenheims von Nide wird zum 1. Vorsitzenden des Arbeitsamtes.

In Fatsa wird gegen die Preiserhöhung und faschistische Unterdrückung demonstriert.

3. April:

Bei Medikamenten gibt es eine Preissteigerung von 100 %. In einer Nacht werden die Preise auf den Packungen geändert. Damit ist es dem Volk im Grunde auch verboten, krank zu werden.

In Gaziantep beginnen die Faschisten ein Massaker, indem sie gegen revolutionäre Schüler, die gemeinsam zur Schule gingen, das Feuer eröffneten. Zwei Schüler wurden erschossen, sieben schwer-verletzt und 30 leicht verletzt.

Die Zahl der streikenden Metallarbeiter liegt jetzt bei 20.000, die Zahl der bestreikten Betriebe bei 59.

In Gaziantep schossen die Faschisten auf die linken Schülergruppen, die gemeinsam zur Schule gingen. 2 Schüler kam ums Leben, 7 wurde schwer verletzt.

10. April

Ankara kontrolliert das Staatspersonal im Ausland

Unter dem Vorwand der besseren Koordinierung will Demirel das Staatspersonal im Ausland auf ein Drittel verringern. Für die BRD heißt das: z.Z. werden 230 Lehrer zurückberufen.

Andererseits werden in der Zeit vom 21.-29. April Bewerbungen für den Auslandsschuldienst in der Türkei entgegengenommen. Die Bewerber müssen einen Test machen. Nach der Testauswertung findet ein Gespräch statt, anschließend erhalten die ausgewählten Bewerber einen Deutschkurs im Goethe-Institut.

Nicht nur die Lehrer, auch das Staatspersonal aller anderen Ministerien wird kontrolliert. Z.Z. befindet sich eine Kontrollkommission in der BRD.

Demirel verlangt Listen mit den Namen aller noch im Ausland tätigen und ausgewechselten Mitarbeiter sowie aller Bewerber.

11. April

Mitglieder der MHP bekommen Waffenschein

In einem Interview mit Journalisten bejaht der Innenminister die Frage, ob Mitglieder der MHP einen Waffenschein bekommen sollen. Er begründet dieses Vorgehen als Gegenmaßnahme zu den Anschlüssen der Anarchisten gegen die MHP. Auch Demirel betont die Wichtigkeit dieser Maßnahme und sieht die Verteilung der Waffen als Schutzmaßnahme gegen die Anarchisten.

Die aktuelle ökonomische Lage

Allen im Februar 80 stiegen die Verbraucherpreise im Verhältnis zu Januar 80 um 22 bis 24 %. Die Inflationsrate in den ersten 2 Monaten liegt bei 35 %, was eine jährliche Inflationsrate von 264 % für das Jahr 1980 verspricht. Die Regierung deckt ihren Bedarf durch das Drucken von Geld und fördert somit ihrerseits die Inflation. Allein im Monat Februar 80 druckte die Regierung über 30 Milliarden TL. (Demokrat 24/3/80).

Als Ministerpräsident Ende Dezember 1979 das Vertrauen des Parlaments bekam versprach er: "alle Schlangen beim Kauf von Lebensmitteln werden in Kürze nicht mehr existieren." Er hielt sein Wort. Heute gibt es keine Schlangen mehr vor den Metzgereien. Die Bevölkerung kann sich nicht mehr nach den Preiserhöhungen um 400 % Fleisch leisten. Nach dem Bericht der türkischen Ärztekammer ist der Fleischkonsum in der Türkei um 65-70 % zurückgegangen, und dafür stieg der Brotkonsum um 25 %. Die Tendenz zu einseitiger Ernährung würde erhebliche gesundheitliche Probleme mit sich bringen. (Cumhuriyet 2.4.1980). Die Ärztekammer hat auch ausgerechnet, daß der tägliche Verdienst eines türkischen Arbeiters, der den gesetzlichen Mindestlohn bekommt, genau dem Gegenwert von einem halben Kilogramm Hackfleisch entspricht.

Die Folge von diesen ökonomischen Maßnahmen ist eine Riesenstreikwelle der Lohnabhängigen, die allein die Last der ökonomischen Maßnahmen tragen müssen und bisher schon jahrelang getragen haben. Das tägliche Realeinkommen des türkischen Lohnabhängigen betrug im Jahr 1975 59,5 TL. Im Jahr 1979 sank das tägliche Realeinkommen auf 38,5 TL. (Diese Zahl ist von der Lebensunterhaltsteigerung von 416 % im selben Zeitraum bereinigt). (Cumhuriyet 20/2/80).

Im Jahr 1979 hatte die Türkei Auslandsschulden in Höhe von 13,1 Mrd. US-Dollar, von denen 7,9 Mrd. kurzfristig fällig werden. Schon im Jahr 1979 schätzten die Experten, daß für eine umfangreiche Sanierung der türkischen Wirtschaft mindestens eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar notwendig ist. Im Jahr 1979 hatte die Türkei ein Außenhandelsdefizit von 2,26 Mrd. US-Dollar. Allein im Jahr 1980 muß die Türkei 2,2 Mrd. US-Dollar Schulden zurückzahlen. In den kommenden Jahren wird dieser Betrag sich erhöhen.

Die eine Regierung hat am Anfang des Jahres nach den Meinungen westlicher Politiker "kühne Maßnahmen" getroffen, um die türkische Wirtschaft zu "sanieren". Der erste Schritt war um den Wünschen des IMF und OECD entgegenzukommen eine enorme Abwertung der türkischen Währung um 50 %. Der US-Dollar kletterte von 52 TL auf 75 TL. Die Folge davon war eine bisher in der türkischen Geschichte noch nie dagewesene Preiserhöhung mit allen ihren sozialen Folgen.

Zu diesem Verlust der Kaufkraft kommen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem hinzu. Während die Lohnabhängigen durch die Lohnerhöhungen der letzten Jahre in der Steuerprogression immer höher kletterten und somit immer höhere Steuern zahlen mußten, weil keiner der Regierungen in den letzten 10 Jahren im Stande war eine Steuerreform durchzuführen, konnten sich die Selbständigen durch die fehlende Kontrolle der Steuerbehörden zunehmend der Steuerpflicht entziehen. In der Türkei befinden sich neben Lohn- und Gehaltsempfängern 972 000 Selbständige, also Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte etc. Von diesen 972 000 haben 825 000 also 85 % im Jahr 1977-78 insgesamt 2 Milliarden 458 Mil. TL Steuern bezahlt. Das heißt, 3000 TL pro Jahr, oder 250 TL im Monat. Vom damaligen Wechselkurs umgerechnet 10,-DM. Andererseits heißt dies aber auch, daß diese "armen" Selbständige ein geringeres Einkommen haben als die Arbeiter, die nur den gesetzlichen Mindestlohn von 5.400 TL bekommen. Diese Arbeiter zahlen immerhin Monat für Monat 1.590 TL an Steuern. Die neue Regierung des Ministerpräsidenten Demirel hat den Selbständigen versprochen durch eine Steuerreform ihre "Steuerlast zu verringern", damit sie mehr investieren können. In der Praxis könnte dies nur noch durch eine "Steuerfreiheit für Selbständige" realisiert werden. (Cumhuriyet 24/2/80).

Türkei im Würgegriff der Auslandsverschuldung

Anstehend führen wir die Auslandsverschuldung der Türkei im Vergleich mit anderen Staaten der Welt auf. Nichtsdestotrotz, daß die Türkei bei internationalen Wettbewerben gewöhnlich an letzter Stelle rangiert, kommt ihr bei diesem "Wettbewerb" ausnahmsweise der rühmliche, sechste Platz zu.

Die herrschenden Klassen der Türkei hoffen, in dieser Rangfolge einen höheren Platz einzunehmen, um die gegenwärtige Krise zu überwinden. Dazu müssen sie aber die Forderungen der internationalen Banken und der imperialistischen Staaten erfüllen: Löhne, Gehälter und Preise für landwirtschaftliche Produkte einfrieren und das In- und Auslandskapital anspornen. Darüber hinaus müssen sie die entsprechenden Maßnahmen ergreifen, um aus der Türkei einen treueren Wachposten des Imperialismus im Nahen Osten zu machen.

Dieses Modell erfordert jedoch auf politischer Ebene den offenen Faschismus. Die jüngsten, ökonomischen und politischen Terrormaßnahmen sind als ein Markierungsstein auf dieses Ziel hin zu sehen, auf ein Ziel, das den werktätigen Klassen nur verstärkte Verelendung mitbringen kann.

Dies ist in wenigen Sätzen der Hintergrund der "chaotischen Zustände" in der Türkei.



FRAUENTAG

Anlässlich des internationalen Frauentages protestierten in verschiedenen Städten hunderte von Frauen in unerlaubten Demos. In Izmir wurden 50 Frauen, die sich dabei unter anderem mit den Paris-Arbeitern solidarisch erklärten, festgenommen. In Istanbul wurden ebenfalls 100 Frauen festgenommen.

Am Frauentag fordern viele Organisationen die Gewährleistung für legale und kostenlose Durchführung von Abtreibungen in staatlichen Krankenhäusern.

Interview mit einer Angestellten:

Frage: Hilft Ihr Mann bei der Hausarbeit?

Antw.: Er hilft überhaupt nicht, macht im Gegenteil mir noch mehr Unordnung und verlangt von mir, daß ich alles hundertprozentig sauber halte.

Frage: Wie denken die Männer an Ihrem Arbeitsplatz über arbeitende Frauen?

Antw.: Nach deren Meinung sollen Frauen sowohl im Beruf arbeiten, als auch die Hausarbeit erledigen. Die Männer dort fühlen sich stark und überlegen. Diese Denkweise müssen wir Frauen bekämpfen, auch wenn wir auf einem schwachen Ausgangspunkt stehen.

Frage: Was denken Sie über die legale Abtreibung?

Antw.: Die Abtreibung muß legalisiert werden. Obwohl es verboten ist, lassen viele Frauen abtreiben und bezahlen dafür riesige Geldbeträge. Eine ganze Reihe von "Schlachtern". Ärzten sind auf diesem Weg schon reich geworden. Abtreibung muß also legalisiert und in die Hände des Staates gegeben werden.

Interview mit einer Arbeiterin:

Die Arbeiterin erzählt, warum Frauen in der Gewerkschaft zumeist untätig bleiben.

"Frauen kommen zu den Versammlungen, wenn die Gewerkschaft dazu aufruft, sind aber nur anwesend und kämpfen nicht für ihre Rechte. Sie haben akzeptiert, daß sie minderwertig sind und halten aktive Gewerkschaftsarbeit sowieso für Männersache. Der Arbeitgeber macht jedoch keinen Unterschied zwischen Mann und Frau, wenn er sie ausbeutet. Trotzdem sind an der Gewerkschaftsarbeit nur Männer beteiligt, das ist eine konservative Haltung. Ich bin jetzt alt, kann nicht soviel tun, aber wie ist es mit den anderen Frauen? Wenn ich jung wäre, würde ich nicht so untätig in der Ecke sitzen bleiben."

Jedes Jahr sterben Tausende von Frauen nach Abtreibungen und Aborten. Tausende von Frauen, die kein Geld haben, sich vor der Umwelt schämen und gesellschaftliche Unterdrückung fürchten, versuchen mit veralteten und gesundheitsgefährdenden Methoden selbst abzutreiben.

EINIGE ERKLÄRUNGEN AUS DEM MUNDE DEMIRELS:



Vorweg ein Hinweis:

Als Demirel die Macht übernahm, gab er bei der ersten Pressekonferenz bekannt, daß er nur 100 Tage Zeit brauche, dann habe er die dringenden Probleme der Türkei (wie z.B. die Schlangen vor den Geschäften, die politischen Morde usw.) gelöst.

Nachdem 118 Tage vergangen sind, antwortete der erfahrene Demagog auf die Frage, was er in 100 Tagen alles getan habe, gelassen:

"Was wir gesagt haben, ist nicht, was in 100 Tagen alles geschafft wird, sondern, was in 100 Tagen zu schaffen ist. Wenn wir gemeint hätten, daß wir alles in 100 Tagen schaffen, so hätten wir nicht aufzuzählen brauchen, was in 100 Tagen zu machen ist. Wenn es das Ziel unseres 'Hundert-Tage-Programmes' wäre, alle Schwierigkeiten in 100 Tagen zu beseitigen, dann sollte man uns fragen, was wir nach 100 Tagen zu tun haben."



Demirel ist für seine demagogischen Äußerungen bekannt. Nach einer Demonstration von 50.000 Menschen sagte er z.B.: "Die Straßen werden durch Begehen nicht abgenutzt."

Bei einer Pressekonferenz antwortete er auf die Frage, wo die Möglichkeit geblieben sei, Grundnahrungsmittel zu erhalten, die er innerhalb von 100 Tagen hatte schaffen wollen:

"Wer keine Ware finden kann, soll sich an mich wenden."

Die Arroganz Demirels erreichte ihren Höhepunkt bei den Wahlen des Staatspräsidenten, als er gefragt wurde, ob es jetzt einen Kandidaten gebe und darauf antwortete: "Wollen Sie nicht kandidieren?"



...und

Das Volk kann seit Jahren kein Fleisch essen. Vor 30 Jahren schrieb eine Zeitung, daß bei einer Untersuchung festgestellt wurde, daß viele Familien nicht in der Lage sind, Fleisch zu kaufen:

1940 kostete 1 kg Fleisch = 0,5 Lira

1950 " " " = 2,5 Lira

1970 " " " = 14 Lira

nach der letzten, 400 %igen Erhöhung: 300 Lira. Das heißt, in den letzten 40 Jahren gab es eine Erhöhung um 57000 %.

Für 400 gr. Fleisch muß ein Arbeiter seinen ganzen Tageslohn bezahlen.

Nach diesen neuen Preiserhöhungen für Fleisch sind die Schlangen vor den staatl. Fleischverkaufsstellen, wo es im Verhältnis zu privaten Verkäufern billigeres Fleisch gibt, verschwunden. Damit hilft Demirel sein Versprechen, daß es nach seiner Regierungsübernahme keine Schlangen mehr geben würde.

Der jährliche Fleischverbrauch pro Kopf: 12 kg (durchschnittlich)

Zum Vergleich:
Griechenland: 40,5 kg
Spanien: 43,8 kg
BRD: 73 kg
Frankreich: 93 kg
England: 75 kg



Meldungen aus dem Widerstand

2. März:

In Trabzon befindet sich der Streik wegen Entlassung von 35 Arbeitern jetzt im hundertsten Tag.

In Bulancak wird gegen die "ökonom. Maßnahmen" der Regierung (Preiserhöhungen) protestiert. Außerdem schickt man an den Staatspräsidenten 3.800 Unterschriften gegen die Schließung fortschrittlicher Vereine und für ein Vorgehen gegen faschistische Verbände.

4. März

In Ekişehir protestierten 500 Schüler der pädagogischen Hochschule gegen die Ernennung der faschistischen Lehrer und forderten deren Rücktritt. Anschließend wurden alle festgenommen.

In der Kleinstadt Sivasi protestierten etwa 2000 Bauern (Haschisch- und Tabakbauern) gegen die Preiserhöhungen. Sie erklärten, daß sie mit der Arbeit ihrer ganzen Familien nur den Händlern helfen (nutzen) und es zu wenig sei, wenn man für 1 kg Tabak nur 250 gr Fleisch erhält.

5. März

7 Gewerkschaften, die zu DISK gehören, erklärten sich solidarisch mit den Arbeitern in Atriblik. 4200 Arbeiter haben dort seit dem 1. Februar die Arbeit niedergelegt und befinden sich im Widerstand. Nach der Regierungsübernahme Demirels war es wegen der versuchten Faschisierung des Betriebes zu Auseinandersetzungen gekommen, bei denen ein Arbeiter erschossen und 4 Verletzt wurden.

6. März:

Ca. 2.000 Menschen demonstrierten in Nevşehir, Avanos gegen die Preiserhöhungen unter anderem mit der Parole: IMF befiehlt, Demirel gehorcht! (tut es)

7. März

In einem Dorf in der Nähe von Kocaeli verweigerten die Bewohner 5 Lehrern, die für die Grundschule neu eingestellt worden waren, den Zutritt zu ihrem Dorf, so daß diese wieder umkehren mußten. Die Lehrer kamen, weil wegen ihrer Proteste gegen die Vorfälle in K.M. zuvor Lehrer entlassen worden waren.

8. März:

Zum ersten Mal seit 48 Jahren befinden sich in Istanbul etwa 300 Tau- und Seilarbeiter im Streik. Ihre Proteste richteten sich gegen die Entlassung und Verhaftung von Kollegen, die mit ihnen Schulter an Schulter Parolen gegen den Faschismus verbreitet hatten.

Die Bevölkerung von Soganbükü schickt ihre Kinder nicht mehr zur Schule, da für entlassene, fortschrittliche Lehrer, die gegen die Ereignisse in K. Maras protestiert hatten, faschistische Lehrer eingestellt worden waren.

9. März:

In Ermenek u. Tufanbeyli fanden Demonstrationen gegen Preiserhöhungen u. Arbeitslosigkeit statt.

In der Kleinstadt Fatma am Schwarzen Meer protestieren 5.000 Menschen gegen die Ermordung eines Genossen in Üniye durch Faschisten.

In der Stadt Trabzon am Schwarzen Meer im Stadtteil Kavak versuchten Faschisten, ein Cafe zu überfallen, wurden aber von den Gästen verjagt. Dabei gab es einen Schußwechsel, bei dem jedoch niemand verletzt wurde.

Im Stadtteil Kagithani in Istanbul blieben die Schüler der Schule fern, um gegen die Ermordung eines Mitschülers durch Faschisten zu protestieren.

10. März:

In Seydisehir protestieren 1.500 Menschen

12. März:

Während einer Schülerdemonstration in Usak gegen Folterungen, schoß die Polizei auf die Demonstranten. 3 Schüler wurden schwer verletzt, 400 festgenommen.

Auch in Bolu finden Demonstrationen von etwa 1.000 Menschen gegen die Preiserhöhungen statt, ebenso wie in den Städten Ardunuc, Rize und Isparta.

Die zu DISK gehörende Gewerkschaft der Nußbaumarbeiter, der 5.500 Arbeiter angehören, beschließt einen Streik durchzuführen.

13. März:

1.300 Arbeiter der Stadtreinigung in Istanbul legen die Arbeit nieder.

Arbeiter der Gewerkschaft Genel Is (DISK) treten in den Streik, da sie ihre Löhne für Februar und März noch nicht erhalten haben.

In Hacibektaş demonstriert die Bevölkerung gegen die "ökonomischen Maßnahmen". 1.500 Menschen stellen sich vor dem Postamt auf und schicken ihre Unterschriften an den Staatspräsidenten. Sie weisen darauf hin, daß die Bevölkerung zum Verhungern verurteilt ist, daß Schüler ohne Lehrer bleiben müssen.



15. März:

In Ekişehir, Konya und Mersin wird gegen das durch die Preiserhöhungen enorm verteuerte Leben demonstriert.

17. März:

3.000 Menschen protestieren in Esme, einer Kleinstadt nahe der Ägäischen Küste gegen den Faschismus und gegen die Massenentlassungen.

In der ostanatolischen Stadt Artvin (Schwarzmeer Küste) demonstrieren etwa 3.000 Menschen in einem Schweigenmarsch dagegen, daß die Regierung 200 Beamte aus dem Dienst genommen (gezogen) hat.

18. März:

Medizinstudenten geben mit einem Tag Boykott an der Uni-Klinik von Hacetepe ihrem Protest gegen die Festnahme von 194 Genossen Ausdruck.

19. März:

In Cankiri und Gaziantep finden Demonstrationen gegen die Preiserhöhungen, gegen Entlassungen, Unterdrückung und Armut statt, wobei Tausende von Telegrammen an den Staatspräsidenten geschickt werden.

Das Gymnasium von Milas, wo 27 Lehrer entlassen wurden und von den neu ernannten Lehrern sechs die Arbeit nicht annahmen, ist seit 100 Tagen geschlossen. Die Schüler gehen aus Protest nicht zur Schule.

22. März::

In Sivas schicken mehrere Tausend Bewohner Telegramme an das Kulturministerium, um gegen die Entlassung von Lehrern zu protestieren.

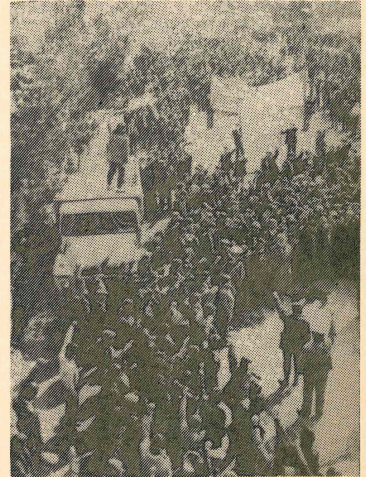
28. März:

15.000 Metallarbeiter in 54 Betrieben und 15.000 Textilarbeiter in 40 Betrieben befinden sich im Streik. Dieser war Anfang März von der Gewerkschaft beschlossen worden und sollte 35.000 Metallarbeiter in 115 Betrieben und 30.000 Textilarbeiter in 77 Betrieben umfassen.

5.000 Metallarbeiter in Izmir legen für eine halbe Stunde die Arbeit nieder und erklären sich in einer 15minütigen Protestaktion mit ihren Kollegen solidarisch.

29. März:

In Istanbul lassen sich 2.000 Arbeiter der Garantie-Bank in 64 Filialen krankschreiben, um dagegen zu protestieren, daß ihnen keine sozialen Rechte gewährleistet werden.



In der Kleinstadt Balancak (Provinz Giresun) gab es wieder Proteste gegen die Preiserhöhungen von seiten der Bevölkerung.

9 April

Der Streik bei Türkisch Airline ist am 51. Tag. Ausser der Flughafenarbeitern streiken jetzt in Ankara die Angestellten sowie Arbeiter der Verkaufsstellen

11 April

In verschiedenen Teilen des Landes boykotieren die Schüler das Essen, da tag täglich das Essen in den Schulen schlechter, ungesunder werden.

5. April:

In Ardunc demonstrieren 5.000 Menschen gegen die Preiserhöhungen.

IMF ist mit den Maßnahmen der Regierung Demirel nicht zufrieden und fordert neue Preiserhöhungen sowie Einfrierung der Löhne.

15. April

Die Bevölkerung der Kleinstadt Kesap am Schwarzen Meer hat einen mit Salz beladenen LKW beschlagnahmt, nachdem man in dieser Stadt seit Wochen kein Salz mehr bekommen konnte, bzw. nur zu Wucherpreisen auf dem Schwarzmarkt. Das Salz wurde zu normalen Preisen verkauft.



Protestaktionen zum 12. März und Kızıldere

Die Bedeutung des 12. März

Heute vor 9 Jahren wurde die unten abgedruckte Warnung von seiten des Militärs an die damalige Demirel-Regierung abgegeben. Dies war der Auftakt zu einer schwarzen Periode für die werktätige Bevölkerung (12. März Periode).

- Großindustrie, Handel und Bankkapital konnten ihre Profite gewaltig erhöhen.
- Während Handwerker, Bauern und die werktätige Bevölkerung verarmten, erhielt das Großkapital neue Kreditmöglichkeiten.
- Die ökonomischen, politischen und militärischen Beziehungen zum westlichen Imperialismus wurden ausgebaut.
- Löhne, Gehälter und Preise für landwirtschaftliche Produkte (d.h. Einkommen der Bauern) wurden gesenkt.
- Die Arbeitslosigkeit stieg an und die Preise wurden erhöht.

Die Bedeutung der 12. März-Periode liegt nicht nur darin, daß man die Gesichter derer, die das Volk angegriffen haben, gesehen hat, sondern auch die Gesichter derer klar erkennen konnte, die sich normalerweise als Verteidiger des Volkes bezeichnen. Wer wirklich gekämpft hat und wer sich vor dem Kampf gedrückt hat wurde hier deutlich.

Die Revolutionäre haben damals mit ihren Waffen gegen das faschistische Regime, gegen ihre Unterdrücker gekämpft und den Kampf verloren. Daher hat der 12. März auch für die Linken eine sehr wichtige Bedeutung, die in der Erkenntnis liegt, daß die Revolution in der Türkei erst mit dem bewaffneten Kampf gegen die herrschenden Klassen Erfolg haben wird. Insofern kann man die 71er-Periode für die Linken als Wendepunkt bezeichnen, indem man sich fortan nicht ständig mit dem Staat einigt, sondern gegen ihn kämpft. Darum werden wir den Widerstand unserer Genossen nie vergessen und sie in unserem Kampf weiterleben lassen.

AKTIONEN AM 12. MÄRZ

- Wissenschaftler, politische Parteien, demokratische Massenorganisationen, Gewerkschaften, Abgeordnete, Journalisten, Künstler, Lehrer, Arbeiter, Bauern und Juristen erinnerten in Protestnoten an die Bedeutung des 12. März.

Am 13. März

- An den Schulen und Universitäten von ISTANBUL fanden unterschiedliche Protestaktionen statt (Demonstrationen, Aufhängen von Transparenten, mehrtägige Unterrichtsboykotts usw.).

In Sagmacilar, dem Istanbul Gefängnis fand ein eintägiger Hungerstreik statt. In den verschiedenen Stadtteilen von Istanbul wurden Transparente mit Bomben aufgehängt mit Parolen "Kein 12. März kann unseren Kampf stoppen" Überall fanden illegale Demonstrationen statt.

Die behördlichen Arbeiter und Angestellte im Rathaus und den Ministerien, Schulen und Universitäten führten Protest-Kundgebungen zum Gedenken an den 12. März durch. In verschiedenen Stadtteilen wurden Transparente mit Bomben aufgehängt, "Kein 12. März, Tod dem Faschismus, einziger Weg: Revolution" Auf den illegalen Demonstrationen wurden viele Parolen gegen den 12. MÄRZ gerufen.

- In Ergani hatten alle Ladenbesitzer ihre Geschäfte geschlossen, in Diyarbakir, Van, Tunceli, Adana, Gaziantep und Sivas fand ein eintägiger streik von Schülern, Lehrern und Studenten statt, obwohl in all diesen Städten das Kriegsrecht herrscht.

In Adiyaman gab es 3 Bombenanschläge zum 12. März gegen staatliche faschistische Einrichtungen.

- IZMIR

An den Schulen und Universitäten von Izmir fanden Unterrichtsboykotte und Kundgebungen statt, Transparente mit Bomben den aufgehängt. In den Betrieben wurde gestreikt und Kundgebungen gegen den Faschismus des 12. März durchgeführt.

Am 14. März

- In Ankara heißt es auf einem Transparent mit Bomben "Die faschistischen Hände, die gegen das Volk gerichtet sind, werden gebrochen."

- In Izmir fanden weitere Kundgebungen statt und Transparente mit Bomben wurden aufgehängt.

31. März:

In vielen Städten fanden zum Jahrestag von Kızıldere Protestaktionen statt. Hier im einzelnen:

- Iskenderun: In allen Schulen wurde der Unterricht boykottiert und unerlaubte Demos durchgeführt.

- Izmir: In den Taris-Betrieben hängte man Transparente auf, u.a. mit folgender Parole " Sie leben und werden leben für den Kampf der Arbeiterklasse."

In Milas wurden 4 Mittelschüler und ein Lehrer, die sich an den Protestaktionen beteiligten, verhaftet.

- In Bitlis boykottierten die Schüler für 1 Tag den Unterricht.

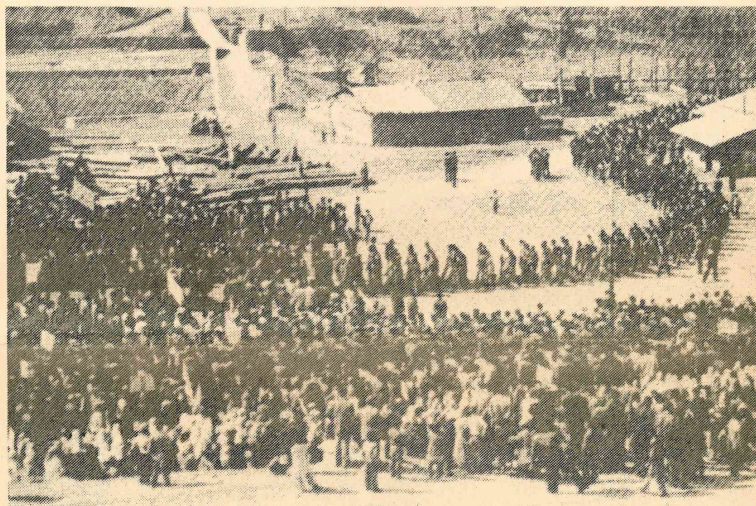
- In SIVAS (ZARA) fanden Kundgebungen statt und der Unterricht wurde boykottiert.

- In Istanbul wurden 100'te von Transparenten aufgehängt.

- In Zonguldak, Turgutlu, Trabzon, Artvin, Adana, Istanbul, Ankara, Izmir, Kars, Usak, Fatsa, Tunceli, Kocaeli, Sinop und Antakya wird an den Schulen gestreikt, unerlaubte Demos werden durchgeführt, Transparente mit Bomben aufgehängt und vieles Andere mehr.

- Istanbul: Ein höheres Mitglied der türkischen Geheimdienstorganisation MIT (ähnlich dem Savak) wurde erschossen. 7 Schülerinnen, die an Protestaktionen teilgenommen hatten, warf man aus dem Gymnasium. Die Eltern der Kinder wurden von der Schulleitung bedroht.

- Malatya: Der Vorsitzende des Idealistenvereins wurde erschossen.



DIE ARBEITER VON AŞKALE IM WIDERSTAND



Bergarbeiter in Askale verlassen die durch das Kriegsrecht geschlossenen Minen nicht.

Nachdem 20 Kollegen entlassen worden waren, ein Arbeitervertreter von Faschisten erschossen wurde und man den Arbeitern die ihnen zustehenden sozialen Rechte sowie das Gehalt für 4 Monate verweigert hatte, gingen die Arbeiter zu passivem Widerstand über. 60 von ihnen waren schon festgenommen, die Mine vom Kriegsrechtkommandanten bis zu einem 2. Befehl geschlossen worden.

Die Arbeiter sind entschlossen, die Minen nicht zu verlassen.

Der Vorsitzende von Yeralti Maden IS (der Bergarbeiter-Gewerkschaft, zu DISK gehörend) sagte:

All diese Ereignisse haben ihren Anfang in der Regierungsübernahme von Demirel. Als Betriebsdirektor ist das MHP-Mitglied Erol Kavucu ernannt worden. Seine einzige Tätigkeit bestand bisher in Angriffen auf die Arbeiter. Das ging soweit, daß ein Arbeitervertreter, Ali Tas, von den Faschisten erschossen wurde. In den Taschen einem MHP-Mitglieds fand man später eine Todesliste für fortschrittliche Gewerkschaftler, auf der auch der Name von Ali Tas stand.

Dies alles geschieht durch die Faschisten, trotzdem laufen die Verantwortlichen frei herum. Arbeiter und Bauern, die sich wehren, und dagegen protestieren, werden in den Polizeirevieren gefoltert.

NPD hetzt gegen Ausländer

Die Kampagne gegen Ausländer läuft auf vollen Touren. Mit Schlagzeilen wie - Die Ausländer stürmen nach Deutschland (Quick) - wird gegen Arbeiter aus anderen Nationen mobil gemacht. Jetzt meldet sich auch der Bündnispartner der 'Grauen Wölfe', die NPD zu Wort. Auf Propagandatourneen durch die Bundesrepublik fordert sie auf Flugblättern und Kundgebungen:

- Deutschland den Deutschen!
- Erhaltung der europäischen Völker - Gegen den UNO-Einheitsmenschen in einem Völkerei!
- Keine Integration! etc.

In Nordrhein-Westfalen gründete sie eine "Bürgerinitiative-Ausländerstopp", um Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln, mit dem Ziel, daß alle Ausländer ausgewiesen werden sollen. Eingeleitet wurde diese Initiative durch Beschlüsse auf den Bundes- und Landesparteitage der NPD. Als Kontaktadresse fungiert die NPD-Landesgeschäftsstelle in Bochum-Wattenscheid.

Vorsitzender der "Bürgerinitiative Ausländerstopp" ist der an der Fachhochschule Hagen dozierende Prof. Dipl. Ing. Hagen Prohl, der den Vorstand des NPD-Kreisverbandes 'Märkischer Kreis' anführt. Verantwortlich für die "Bürgerinitiative" zeichnet der Lünener NPD-Kreisvorsitzende Ernst Rettstadt.

Ernst Rettstadt im Orginalton:

"Langfristig werden doch die Ausländer zu einer ernststen Gefahr, die den Fortbestand des deutschen Volkes in Frage stellen. Man kann nicht erst einem Volk einen Teil seines Landes nehmen und es dann auch noch mit Ausländern überschwemmen."

(Informationen aus: Westfälische Rundschau II.2.80, Ak 174, Flugblätter der NPD)

"Lieber Türke!

Ich habe mich sehr über Ihren Brief gefreut. Ich danke Ihnen für Ihre lobenden Worte über mich und meine Partei. Ich bin erfreut zu hören, daß unsere beiden Parteien gleiche Ziele haben ... Es gibt fundamentale Gemeinsamkeiten zwischen unseren Parteien. Ich bin sicher, daß auch Sie den Wunsch haben, unsere freundschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu verstärken. Deshalb habe ich Ihre Vorschläge bezüglich des weiteren Ausbaus der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien mit Freude zur Kenntnis genommen. Wir haben einstimmig beschlossen, einen Austausch von Jugendgruppen in Gang zu bringen. ... Ich möchte Sie recht herzlich als meinen persönlichen Gast in Deutschland empfangen. Es wäre mir ein Vergnügen, mit Ihnen über die Probleme unserer Länder zu sprechen und nach Wegen gegenseitiger Unterstützung zu suchen."

Die Zusammenarbeit mit den 'Grauen Wölfen' wurde in den folgenden Jahren ausgebaut. Saal- und 'begleitender Beobachtung' bei Demonstrationen waren die Folge.

1977 heißt es in einem Schreiben des Faschistenführers Türke an seine Deutschland-Organisation:

"um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD, sowie deren Erfahrungen und Arbeitsmethoden auszunutzen."

Der Verfassungsschutz stellt sich unmissend und behauptet: "Deutsche Rechtsextremisten halten zu Ausländern nach wie vor strikte Distanz." (Lagerbericht über den politischen Extremismus und die Spionageabwehr in Niedersachsen, Stand 31.3.78).

So bestanden auch Verbindungen zwischen der jetzt verbotenen 'Wehrsportgruppe Hoffmann' und den 'Grauen Wölfen'. Hoffmann unternahm einen Versuch, seine 'Anleitung zur Gründung und Ausbildung von Zellen' ins Türkische übersetzen zu lassen, um sie den 'Grauen Wölfen' in der Türkei zur Verfügung zu stellen. Nach einem gescheiterten Versuch ist nicht bekannt, ob eine Übersetzung erfolgte und diese evtl. in der Türkei vertrieben wird. Nach Aussage eines Türken "erhoffte sich Hoffmann davon einen Waffenhandel." Bereits 1963 wurde Karl-Heinz Hoffmann wegen Waffenschmuggel in Ankara verhaftet.



Hoffmann 1963 in einer türkischen Polizeiwache - als Waffenschmuggler verhaftet

Intensive Beziehungen bestehen auch zu dem 'Kampfbund deutscher Soldaten' (KDS), der von Erwin Schönborn 1977 gegründet wurde und die Rehabilitierung der NS-Verbrecher fordert. In einer Flugschrift bot Schönborn 10.000,- DM für jeden, der eine 'Vergasung' in einem deutschen KZ einwandfrei nachweisen könne.

Der 'Nationalsozialistische Schülerbund' (NSB) hat eine 'NSB-Aufbauorganisation' für Türken in der Bundesrepublik gegründet. Der Vorsitzende der "Nationalsozialistischen Demokratischen Arbeiterpartei" (NSDAP), Erwin Schönborn, will, daß "nationalbewusste Türken für die Idee des nationalen Sozialismus als weltrevolutionäre Idee gegen Kapitalismus und Kommunismus" mitarbeiten sollen.

Die 'heimlichen' Helfer

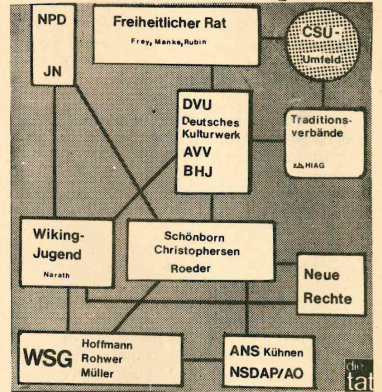
Auf dem Kölner Kongreß der 'MHP-Europa-Organisation' 1975 wurde beschlossen, "sich der Öffentlichkeit vorzustellen" und "Zusammenarbeit mit den Schwester-Organisationen auf regionaler und nationaler Ebene" voranzutreiben.

Internationale Fäden wurden von Ankara aus zur CSU, Harald Vocke (FAZ) und dem Christlichen Gewerkschaftsbund gesponnen.

In dem bereits bekannt gewordenen Gespräch zwischen Gün Sazak, Murat Bayrak (siehe Bild 5), Alparslan Türkeş und Franz Josef Strauß im Frühjahr 1978 in München wurde den Faschistenkadern zugesagt, "daß in Zukunft für die MHP und die 'Grauen Wölfe' ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik mit entsprechender Propaganda geschaffen werden und zudem die politische Stellung der MHP in Europa verbessert werden müsse, damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine."

Der von der CSU zur Spaltergewerkschaft favorisierte Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), der bereits mit der italienischen neofaschistischen Gewerkschaft CISNAL zusammenarbeitet, bemüht sich auch um Zusammenarbeit mit dem von der MHP gegründeten türkischen faschistischen Gewerkschaftsbund MISK. In West-Berlin sind bereits über 100 Anhänger der Grauen Wölfe zum 'Christlichen Gewerkschaftsbund' übergetreten. Der stellvertretende Vorsitzende des CGB in West-Berlin - Petrowski trat neben Osman Nuri Kurt, einem der führenden türkischen Faschisten in Europa, auf einer 'Grauen Wölfe'-Propagandaveranstaltung auf.

Auf dieser Veranstaltung wurde der Faschistenfilm "Wann wird die Sonne wieder scheinen" gezeigt, der bei dem Massaker in Kahraman-Maras eine Rolle gespielt hat und im vergangenen Jahr auf Tournee durch Europa geschickt wurde.



Ihre Sympathie für die 'Grauen Wölfe' drückten ebenfalls in West-Berlin die Berliner CDU-Abgeordnete, Ulrich Brinsa, Eckhard Lindemann und der Steglitzer CDU-Fraktionsvorsitzende, Hajo Lange durch ihre Teilnahme auf der MHP-Propaganda-Veranstaltung am 28.10.78 in West-Berlin aus, auf der auch Alparslan Türkeş als Hauptredner sprach.

Praktische Hilfe erhält die MHP durch Leute wie dem Schwalmstädter Historiker und CDU-Stadtverordneten Hans-Eckhard Kannapin. Über ein nichtexistentes sog. "Türkei-Institut" betreibt der Faschistenfreund seine Geschäfte. Führende Kader der 'Grauen Wölfe' aus Ankara sollen über Kannapin eine Aufenthaltsmöglichkeit in der Bundesrepublik bekommen haben. Für den ersten Jahreskongreß der MHP-Tarnorganisation ADÜTDF mietete Kannapin für den 4.2.79 die Kulturhalle in Schwabenborn (Hessen).

In Nürnberg forderte der CSU-Fraktionsvorsitzende, Georg Holzbauer, die Stadt auf, Mittel und Räume dem türkischen jugendlichen Idealenverein zur Verfügung zu stellen. Holzbauer charakterisierte den Faschistenverein als der Jungen Union nahestehend.



„Graue Wölfe“ in Dortmund

Ein Mann, der seit Jahren die Terrorkommandos der 'Grauen Wölfe' in Schutz nimmt, sie als Pfadfinder verharmlost, ist bestens bekannt mit Alparslan Türkeş. Er heißt Harald Vocke und schreibt für die 'Frankfurter Allgemeine Seine Artikel sind so pro-faschistisch orientiert, daß sie beispielsweise von den 'Grauen Wölfen' in Hamburg auf Flugblättern zitiert werden, um damit der deutschen Bevölkerung ihre Harmlosigkeit zu beweisen. Vocke, der nicht türkisch spricht, bezieht seine Informationen, die er übersetzt bekommt, aus der MHP-Partei-Zeitung 'Hergün' und der rechtsradikalen Zeitung 'Tercüman'. Für Alparslan Türkeş organisiert er Pressekonferenzen, wie z.B. 1978 im Düsseldorfer Interkontinental Hotel und folgte einer Einladung der MHP zu einem Türkei-Besuch.

Bürgerinitiative Ausländerstopp

Am 26. 1. 80 trafen sich in Bochum Bürger aus allen Teilen des Landes Nordrhein/Westfalen, um der drohenden Überfremdung ihres Landes durch Ausländer Einhalt zu gebieten. Sie gründeten eine „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, um in Nordrhein/Westfalen eine Gesetzesinitiative zur Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in ihre Heimatländer durch ein Volksbegehren herbeizuführen.

Die Bürgerinitiative fordert:

1. Schluß mit der Überschwemmung unseres Landes mit Millionen Ausländern!
2. Förderung der Rückkehrbereitschaft bei den hier lebenden Ausländern!
3. Schluß mit der Einschmelzungspolitik; stattdessen Maschinen zu den Menschen nicht Menschen zu den Maschinen!
4. Gegen die menschenverachtende Ausländerpolitik der

AUSLÄNDER-STOPP



DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN

aus: "Deutsche Stimme" 3/80

NPD: Ausländerhetze und Aktionseinheit mit den 'Grauen Wölfen'

Internationale Kooperation der 'Grauen Wölfe' mit paramilitärischen Banden in der Bundesrepublik

Die Zusammenarbeit türkischer Faschisten umfaßt die ganze Braunzone in der Bundesrepublik. Der wegen Volksverhetzung und Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda zu 4 Jahren Gefängnis verurteilte, Michael Kühnen - Chef der 'Aktionsfront Nationaler Sozialisten' (Hansa-Bande) in einem Interview vom 26.2.77: Frage: "Apropos Türken. Arbeiten sie mit den 'Grauen Wölfen' zusammen?"

Kühnen: "Wir haben zu allen entsprechenden Organisationen im In- und Ausland sehr gute Kontakte. Wir kennen die Leute - wir achten sie. Die 'Grauen Wölfe' sind parkatisch eine Art Entsprechung, wenn auch auf der nationalen Tradition in der Türkei, und wir haben große Sympathie für ihre Zielsetzung."

Während die NPD einerseits rassistische Ausländerhetze betreibt, arbeitet sie seit über 10 Jahren mit den Anhängern des Großtürkischen Reiches, der faschistischen türkischen Terrororganisation der 'Grauen Wölfe' zusammen. Der Terror der 'Grauen Wölfe' forderte im "Kampf gegen Demokratie und Kommunismus", sowie für "eine Großtürkei mit dem türkischen Herrenmenschen" in der Türkei in den letzten Jahren 3.000 Tote. Sie stellen heute die größte faschistische, terroristische Bewegung in Europa und die zweitgrößte Ausländerorganisation in der Bundesrepublik mit über 110 Organisationen. Bereits 1970 wandte sich der damalige NPD-Vorsitzende, von Thadden, in einem Schreiben an den Führer der 'Grauen Wölfe', Alparslan Türkeş, in dem bereits von einem Ausbau der Zusammenarbeit ihrer Organisationen die Rede war.

Berliner Staatsschutz behandelt Täter und Opfer gleich

Die Abteilung Staatsschutz der Berliner Polizei hat 8 türkische Vereinigungen mit rund 1000 Mitgliedern ultimativ aufgefordert, ihre Mitglieder namhaft zu machen. Der Leiter der Abteilung Staatsschutz, Manfred Kittlaus, teilte am 10.4. mit, daß die Listen innerhalb von 2 Wochen zu übergeben sind. Die Polizei stützt sich auf das Berliner Vereinsgesetz von 1966, wonach politisch orientierte Ausländervereinigungen zu solchen Auskünften verpflichtet seien. Diese Maßnahme soll zur Verbesserung der Sicherheitslage beitragen und "notwendige Voraussetzungen schaffen, um so schnell und gezielt gegen Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorgehen zu können."

die faschistischen und religiös-fanatischen Täter hinter Schloß und Riegel zu setzen, gegen die Opfer von Terroranschlägen vorzugehen. (Informationen nach FR v. 12.4.80)

Demnächst: 3. erweiterte Auflage der Dokumentation "Stoppt die 'Grauen Wölfe'" Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen türkische Faschisten

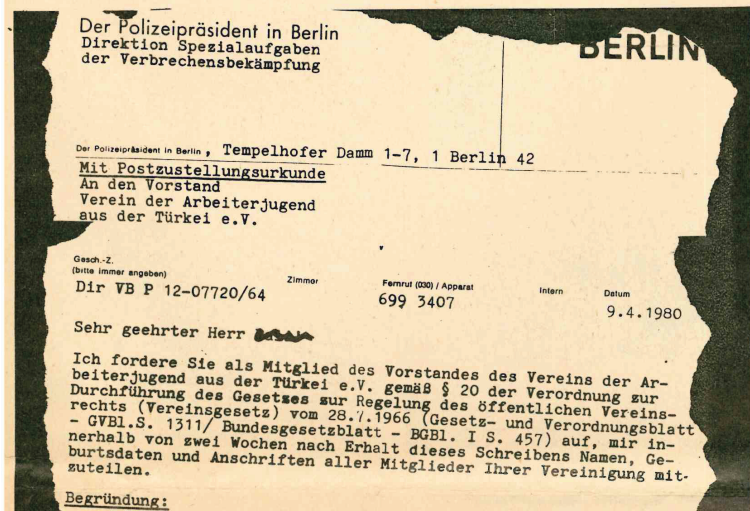
Bestellungen an: Initiativkomitee gegen türkische Faschisten
Langenscheidstr. 3
1000 Berlin 62

Preis: ca. 4,- DM + 1,- DM Porto gegen Vorkasse
Postcheckkonto Berlin-West
Kto.Nr. 17 65 39-103

Betroffen sind auch demokratische und fortschrittliche Vereine. Damit fährt der Berliner Staatsschutz mit seiner Politik fort, anstatt



ÜBER 4 000 AUSLÄNDISCHE ARBEITER PROTESTIERTEN AM 19.4. IN BONN DIE NEUE KINDERGELD REGELUNG DER BRD-REGIERUNG.



1500 ANTIFASCHISTEN PROTESTIERTEN AM 2.4. IN HAMBURG DIE MORDANSCHLÄGE DER "GRAUEN WÖLFE"

Verein der Arbeiterjugend der Türkei e.V.

1 Berlin 61, den 12.4. 8
Kottbusser Damm 79
Tel.: 691 70 11

PRESSEERKLÄRUNG

Wie aus Pressemeldungen vom 11.4.1980 hervorgeht, sollen acht türkische Organisationen Auskunft über ihre Mitglieder (Name, Geburtsdatum, Anschrift) bei der Polizei (Abt. Staatsschutz) geben. Aus einem Brief an unseren Verein: "Sollten Sie dieser Aufforderung nicht... nachkommen, werde ich gegen Sie ein Zwangsgeld in Höhe von 1.000,-DM festsetzen. Ich drohe Ihnen hiermit dieses Zwangsmittel an."

Wenn wir uns vor Augen halten, dass die Polizei in dieser Stadt bislang bei zahlreichen Anschlügen von "Grauen Wölfen" nicht eingriff - von der Strafverfolgung der Täter ganz zu schweigen - so wundert es uns, dass nun die bisherigen Opfer Auskunft über ihre Mitglieder geben sollen.

Nach dem Mord an Celalettin Kesim durch rechtsradikale Türken spielte Innensenator Ulrich, Bezirksbürgermeister Pietschker und Staatsschutz-Leiter Kittlaus mit dem Gedanken, nun "extremistische" Ausländerorganisationen zu verbieten.

Herr Ulrich meinte seinerzeit, dass man linke Ausländerorganisationen verbieten kann, während man gar nicht wisse, wer die "Grauen Wölfe" eigentlich sind.

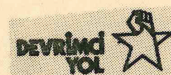
Die nun geplanten Massnahmen sind gedacht als Einschüchterung der fortschrittlichen ausländischen Vereine.

Es ist nicht erkennbar, wie die namentliche Bekanntgabe der Mitglieder zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit beitragen. Wir verurteilen die geplanten Massnahmen als den ersten Schritt zum Verbot demokratischer Ausländerorganisationen.

Fortschrittliche Ausländervereine sind bislang für ihre demokratischen und gewaltfreien Aktionen bekannt gewesen. Wir wenden uns nach wie vor gegen eine Vermischung von Tätern und Opfern der bisherigen Auseinandersetzungen und fordern das Verbot der "Grauen Wölfe", und die Bestrafung der Täter.

Wir rufen alle demokratisch gesinnten Menschen in dieser Stadt auf, sich mit uns zu solidarisieren.

Vorstand



Faschismus und die Türkei

DIE BROSCHÜREN 1 und 2 SIND ERSCHIENEN !

DM 2,-

ZU BESTELLEN BEI:
H.T.I.I.B : KAJEN 22, 2000 HAMBURG 11
oder
B.T.I.G.B: KOTTBUSSE DAMM 79, 1000 BERLIN 61

IMPRESSUM

DEVIRIMCI ISCI
Kajen 22, 2000 Hamburg 11 Tel: 36 66 78

V.i.S.d.P : SAKIR AKHAN
2 Hamburg 11, Kajen 22

DRUCK: Hein&Co AUFLAGE: 8.000 Erscheinungsdatum; 24. 4. 1980

FOLTERUNGEN

AGRI

17. März: In Üniye wurde durch ärztliches Attest festgestellt, daß 5 Festgenommene gefoltert worden sind, unter ihnen befand sich ein siebzehnjähriges Mädchen.

19. März: Der CHP-Abgeordnete Dogan Arasle und neun seiner Kollegen verlangten die Bildung eines Spezial-Ausschusses zur Untersuchung der Folterungen. In ihrer Erklärung heißt es:

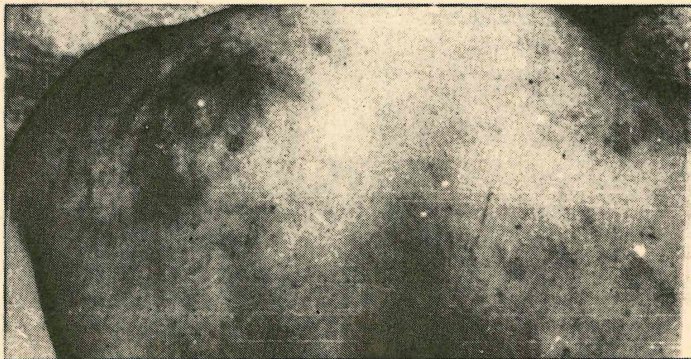
In der ostanatolischen Stadt Kars und deren umliegenden Bezirken werden jede Nacht Häuser durchsucht und die Bewohner ohne Grund von Polizei und Militär brutal behandelt. Bei minus 20-30 Grad bringt man Menschen im Schlafanzug zum Polizeipräsidium und sperrt sie tagelang in eiskalte Folterungsräume. An den Folgen dieser Maßnahmen starben schon zwei Menschen. In den dörfen von Kars führt die Gendarmerie Razzien durch: Menschen werden geschlagen und gefoltert oder fortgeschleppt, ohne daß jemand eine Nachricht über ihr Verbleiben hat.

18. März: Bei einem technischen Angestellten, der bei den Demonstrationen am 12. März festgenommen worden war, stellte man in einem ärztlichen Attest vorangegangene Folterungen fest

21. März: In Adana wurde ein Schüler, der von der Polizei festgenommen worden war, schwer verletzt vor das Haus seiner Eltern gelegt. Er starb kurz darauf im Krankenhaus an den Folgen, u.a. einer Gehirnerschütterung der schweren Folterungen.

23. März: Ein von den Faschisten entführter revolutionärer Student wurde in Samsun ermordet. An seinem Körper fand man Spuren von Folterungen: mehrere Schnittwunden von Rasierklingen am ganzen Körper, im Gesicht und an den Augen Verbrennungsmale von ausgedrückten Zigaretten.

24. März: Durch ärztliche Atteste wurde festgestellt, daß im Polizeirevier einer Kleinstadt der Arbeiter Kahraman Kaya und mehrere andere Fortschrittliche gefoltert worden sind.



25. März: Ein Revolutionär, der im Gefängnis von Ankara inhaftiert ist, erklärte, daß seine Genossen und er täglich gefoltert werden.

28. März: Zeki Meydana, der von Faschisten entführt worden war, starb an den Folgen seiner Folterungen.

1. April: In Avanos gaben 31 Revolutionäre, die man 15 Tage zuvor festgenommen hatte, eine Erklärung über die täglich stattfindenden Folterungen in Polizeirevier ab. Einige von ihnen haben dabei Arm- und Beinbrüche erlitten, wie durch ärztliche Atteste festgestellt wurde. Sie wollen jetzt Klage erheben.

Eine Stadt, die an der Grenze des Iran ist, liegt in ostanatolien, in der viele Arme Menschen leben.

Eine Stadt, in der die faschistische Kräfte eine Massaker wie Kahramanmarras verwirklichen wollen.

Der von den Stimmen der Bevölkerung gewählte Bürgermeister Orhan Alparslan wurde das Ziel der Faschisten mit der Unterstützung der Regierung und herrschenden Schichten der Stadt.

Am 31. März 1980 wird der alte Ortsvorsitzende der MHP Mustafa Kilicarslan erschossen und der Bürgermeister Orhan Alparslan verhaftet. Er wurde allerdings 2 Tage später wieder freigelassen. Der vor diesem Ereignis eingesetzte Gouverneur schützte die Faschisten, die die Stadt terrorisierten, fortschrittliche Leute entführten, in Läden und Wohnungen Feuer legten und schossen, Arbeiter schlugen. Der Gouverneur ließ niemanden festnehmen.

Am 2. April wurde der fortschrittliche Beamte Fevzi Yildiz von Faschisten erschossen. Am selben Tag wird der CHP-Ortsvorsitzende von Faschisten beschossen und wird schwer verletzt. Der von Faschisten entführte revolutionäre Lehrer, Gürdal Merdan, wurde in der Sauna des erschossenen MHP-Ortsvorsitzenden erschossen und seine Leiche in Keller der Sauna gefunden.

Dadurch soll die Bevölkerung weiter eingeschüchert werden. Danach wurden vor dem Büro der MHP der Staatsanwalt und seine Frau, die Richterin von Agri ist, angeschossen und schwer verletzt. Ein Polizeibeamte, Halil Halicioğlu, der Zeuge dieses Attentats war, wurde am Abend des gleichen Tages erschossen.

Muhsin Demirkiran, der sich aus der Jugendorganisation der MHP zurückgezogen hatte und danach in die AP(Demirel-Partei) gegangen war, war von den Faschisten zunächst geschlagen und danach erschossen.

In dieser Stadt werden immer wieder Demokraten verhaftet und gefoltert, wobei die Faschisten ungestört frei rumlaufen können.

In dieser Stadt geben die Faschisten den Demokraten kein Lebensrecht...

Präsidentenwahl

Stellt Euch mal ein Land vor, in dem die Bevölkerung Grundmittel wie: Kaffee, Butter, Benzin Salz usw. nicht bekommen kann...

Stellt Euch mal ein Land vor, in dem 100.000 Menschen verhaftet und gefangen genommen werden, und in dem die Gefängnisse überfüllt sind und immer voller werden

Stellt Euch mal ein Land vor, wo Menschen gefoltert und jeden Tag 10 Menschen ermordet werden

- und in diesem Land 'regiert' ein Parlament, das sich seit Monaten mit ungeheurer Verantwortungsllosigkeit nicht um diese Probleme kümmert. Jede Woche trifft sich das Parlament am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 15 - 19.00 Uhr, um einen Staatspräsidenten zu wählen: Nur - es gibt keinen Kandidaten!

Für Westeuropäer, die gewöhnt sind, daß die Kandidaten Monate vorher bekannt sind, mag dies interessant sein. Sie werden dies für verantwortlich halten. In dem türkischen Parlament, wo es in den ersten 20 Wahlrunden überhaupt keinen Direktkandidaten gab, ist das eine Tatsache. Das geht soweit, daß bekannte Persönlichkeiten wie Filmschauspieler, Sänger, usw. vorgeschlagen wurden.

Auf die Frage an Demirel: "Gibt es jetzt einen Kandidaten?" heißt die Antwort: "Wollen Sie nicht kandidieren?"

Seit der 20. Wahlrunde gibt es Kandidaten, die jedoch keine Chance haben, die nötigen 318 Stimmen der Abgeordneten zu erhalten.

Es ist ungewiß, wie lange dies noch so weitergeht. Eine Tatsache jedoch ist gewiß, nämlich, daß die herrschende Klasse auch diese Krise benutzt, um in der momentanen Spannung um die Präsidentschaftswahl von anderen wichtigen Fragen und Problemen abzulenken, und um die politische Spannung zu erhöhen.

In der Zeit vom 24.4. bis 3.5. finden in Braunschweig, Frankfurt, Hamburg und Westberlin Türkei-Veranstaltungen statt. Neben dem Türkei- und Kurden-Spezialisten Jürgen Roth werden in diesen Städten der Chefredakteur der linken Tageszeitung „Demokrat“, Dursun Akcam, sowie der Journalist Kamil Tytan über die Lage in der Türkei informieren.

FASCHISMUS IN DER TÜRKEI GRAUE WÖLFE IN DER BRD

Volkshaus Frankfurt
25. April 1980 19³⁰Uhr
Freitag



Terminkalender

Da der Veranstalter und Unterstützerkreis noch nicht in allen Städten in vollem Umfang feststeht, geben wir hier nur Ort und Zeit an, sowie die Podiumsteilnehmer, die feststehen.

Braunschweig, 24.4. 19.30 Uhr
Fachhochschule, Küchenstr. 1
Podiumsteilnehmer:
J. Roth
evtl. Dursun Akcam (Journalist, Demokrat)
Türkischer Arbeiter-Verein
und ein Vertreter des Bündnisses
sowie türkische Folklore

Frankfurt, 25.4. 19.30 Uhr
Volkshaus

Hamburg, 2.5. 18.30 Uhr
Ort: Audi Max
Veranstalter: Komitee gegen türkische Faschisten

Podiumsteilnehmer:
J. Roth
Dursun Akcam
Kamil Taylan
ein Vertreter des Komitees

Westberlin, 3.5. 19.00 Uhr
Ort: Tarantel, Karl-Marxstr. 131

Podiumsteilnehmer:
J. Roth
Dursun Akcam
Kamil Taylan
Bernd Hofmann (Türkei-Koordinator ai)
Dirk Schneider (Alternative Liste)
Tom Verkamp (Holland)